

Protokoll der Zukunftswerkstatt in Bad Breisig vom 18.09. bis 19.09.2014

1. Programm

Programm
Zukunftswerkstatt 2014
18./19. September 2014

Bildungslandschaft Stadt Bornheim - Vom Plan zur Aktion -

Die Zukunftswerkstatt 2013 war dominiert von den schulgesetzlichen Veränderungen, die nun zum neuen Schuljahr 2014/15 wirksam werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Startplanung zu den Aktionsplänen aller Bildungsbereiche und Bildungseinrichtungen in der Stadt, die Klärung des Auftrags, der Ziele, der Beteiligungen sowie der Projektstruktur.

Nach nun fast einem Jahr sind wir deutliche Schritte vorangekommen. Alle Bildungsbereiche haben sich intensiv mit der Herausforderung Inklusion auseinandergesetzt und eine Vielzahl erster Aktionsplanungen liegt vor. Die Veränderungen sind spürbar, erste Schritte sind erfolgreich umgesetzt, Fragen und Problem treten auf, die Kindergärten stehen vor der Anforderung des novellierten Kinderbildungsgesetzes.

Die Aktionsplanungen müssen nun zur Verstetigung der Entwicklungen sowie für den politischen Diskurs, für die notwendigen politischen Beschlüsse ausgewertet werden. Sie müssen vor allem in einer nachvollziehbaren Argumentation mit konkreten Kostenvorlagen in einem vertretbaren Rahmen verbunden werden.

Die Aktionspläne sind somit der rote Faden der Zukunftswerkstatt 2014:

- Auswertung der vorliegenden Aktionspläne und Vorlage für die Haushaltsplanung
- Verstetigung der Entwicklungsprozesse im Rahmen fortlaufender Aktionsplanung

Neben diesen generellen Aufgaben für das gemeinsame Plenum werden wir in Arbeitsgruppen der jeweiligen Bildungsbereiche die Vielfalt und die Besonderheiten der Aktionspläne, das Erkennen vorhandener Potenziale, die Fragen, Probleme und aktuellen Anforderungen bearbeiten.

Die Zukunftswerkstatt soll sich als wichtiges partizipatives Forum auch mit dem aktuellen Thema der zunehmenden Gewalt in einigen Bereichen der Stadt auseinandersetzen.

Zeit	Aktion/Inhalt	Akteur
18.09. 09.00	Ankunft, Willkommenskaffee	Alle
09.30	Begrüßung, Einführung (Plenum)	<i>Markus Schnapka</i>
09.45	Vorstellung des Programms, der Ziele und Arbeitsformen (Plenum)	<i>Markus Schnapka</i>
10.00	Stand der Aktionsplanungen Erhebung des Förderbedarfs Empfehlungen zur Verstetigung der Entwicklungen im Rahmen fortlaufender Aktionsplanung	Präsentation der Auswertung und Entwurf der Vorlage für die Haushaltsplanung Fragen, Ergänzungen, Diskussion <i>Markus Schnapka & Plenum</i>
12.30	Mittagspause	

13.30	Die Vielfalt und die Besonderheiten der Aktionspläne, das Erkennen vorhandener Potenziale, die Fragen, Probleme und aktuellen Anforderungen	Arbeitsgruppen der Bildungsbereiche mit generellen Fragestellungen/Aufträgen: <ul style="list-style-type: none"> • erste Erfahrungen und Erkenntnisse, erfolgreiche Maßnahmen sammeln/dokumentieren • aktuelle Anforderungen und Fragen austauschen, sammeln/dokumentieren und bearbeiten • Planungen und konkrete Maßnahmen zur Verstetigung der Entwicklungen <p>...und mit eigenen Aufträgen, z.B. die Kitas:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Umsetzung des neuen KiBiz ▪ Übergänge in die Grundschule von Kindern mit Unterstützungsbedarf (in Kooperation mit der Grundschule)
15.30	Kaffee- / Tee-Pause	
16.00	evtl. Fortsetzung der Arbeitsgruppen	
	Präsentationen im Plenum	
ab 18.00	Abendessen, gemütliches Beisammensein	<i>Alle</i>

19.09.			
8.00	Frühstück		
9.00	Aktionsplan „Inklusive Bildung in Bornheim“	<i>Plenum</i>	
	Konkretisierung der Auswertungen sowie der Ergebnisse, der Fragestellungen und Anforderungen der Bereichs-AGs		
	Folgerungen und konkrete Vereinbarungen für die nächste Etappe der Aktionsplanungen		
	Das Thema „Gewalt“ in unserer Stadt	<i>Markus Schnapka</i>	
11.30	Der Ertrag und der Ausblick		<i>Markus Schnapka</i>
12.15	Adieu!		<i>Markus Schnapka</i>

Herr Patt konnte aufgrund eines persönlichen Grundes nicht an der Veranstaltung teilnehmen, daher hat Herr Schnapka die Moderation übernommen.

2. Plenum

Herr Schnapka gibt eine Einführung des Themenschwerpunktes. Ziel sei es, eine halbe Stelle für ein Inklusionsbüro im vorhandenen Stellenplanvolumen einzurichten. Primäre Aufgaben seien die statistische Koordinierung, Drittmittelakquise sowie die pädagogische Beratung der Eltern und Familien.

Die Erhebung des Förderbedarfs:

1. Wie haben Sie den Prozess zur Erstellung des Aktionsplanes erlebt?
2. Welches waren Ihre wichtigsten Erkenntnisse?
3. Was ist aus Ihrer Sicht am dringendsten zu erledigen?

Herr Vaudlet führt aus, dass er von dem Prozess der Inklusion vor zwei Jahren quasi überrollt worden sei. Dann seien plötzlich die Kinder mit speziellem Förderbedarf gekommen und man sei in die Aufgabe hereingewachsen. Mittlerweile habe die Schule 15 Stunden an sonderpädagogischer Förderung pro Woche erhalten. Durch Therapeuten könnten 12 Kinder eine entsprechende Therapie vor Ort erhalten. Der Wunsch sei, einen Therapeutenpool zur Verfügung zu haben und entsprechende Therapieräume, in denen die Therapie durchgeführt werden könne oder die Möglichkeit bestehe, dass die Kinder sich durch das erweiterte Raumangebot eine Auszeit nehmen können.

Herr Becker berichtet für die weiterführenden Schulen: Es sei eine Bereicherung, mit den Kindern zu arbeiten, die einen erhöhten Förderbedarf aufweisen würden. Man profitiere beiderseitig von dem Zusammenspiel und der Vielfalt. Es gebe keine Reue, dass man sich in Sachen Inklusion auf den Weg gemacht hätte. In der Europaschule habe man 32 Kinder von 1502 Kindern mit Einzelintegration. Pro Kind mit erhöhtem Förderbedarf erhalte man 3 Stunden pro Woche an Sonderpädagogen was bedeute, dass derzeit 96 Stunden pro Woche für die genannten Kinder zur Verfügung stehen. Man habe das ursprüngliche Konzept verworfen und diese Stunden auf alle Klassen verteilt. Es sei eine schwierige Situation zu bewältigen, für die nur wenigen Ressourcen zur Verfügung stehen. Ziel sei es, möglichst allen gerecht zu werden aber mit der Fokussierung auf die Kinder mit erhöhtem Förderbedarf. Die sogenannten „normalen“ Kinder und auch die mit einer Hochbegabung dürfen nicht aus dem Blick geraten. Das Ziel, alle Kinder adäquat zu fördern, sei noch nicht erreicht. Herr Becker berichtet von einem Lehrer, der zwei Ausbildungen hat und zwar zum ersten eine sonderpädagogische und zum zweiten eine sportpädagogische Ausbildung. Dies sei eine optimale Kombination und die Angebote dieses Lehrers würden besonders gut angenommen. Es komme auch vor, dass man manchen Schülern nicht gerecht werden könne und die Erwartungen in das Erweiterungsprogramm seien sehr hoch.

Wünschenswert seien Auszeiträume, ein Zentrum unterstützender Pädagogik, dies besonders im Hinblick auf die Schüler mit emotionalem Förderbedarf. Herr Becker spricht sich dafür aus, dass Inklusion an allen weiterführenden Schulen in Bornheim Standard sein soll.

Für die Kindergärten der Stadt Bornheim berichtet Frau Keuler. Sie hebt die Unterstützung durch Frau Rothkegel als besonders positiv hervor, die dem Team beratend zur Seite gestanden hat. Teamentwicklung könne nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern braucht Zeit aber man sei auf dem Weg. Ein großes Problem sei, wenn Eltern den

Integrationsbedarf ihrer Kinder erkennen, dies aber nicht akzeptieren. Die Folge sei dann, dass keinen Antrag auf zusätzliche Förderung gestellt wird und dem Kind und der Einrichtung diese Ressourcen nicht zur Verfügung stehen. Dann gebe es zu wenig Therapeuten, die nur bei festgestelltem Förderbedarf kommen können. Sie hält es für sehr wichtig, dass die Mitarbeiter entsprechende Fortbildungen erhalten. Nach Fertigstellung der Einrichtung „Lummerland“ gibt es jetzt endlich einen Therapieraum, den sie allgemein für wichtig erachtet. Inklusion brauche einfach Zeit und man müsse auch die Grenzen erkennen, wie beispielsweise bei mehrfach schwerstbehinderten Kindern gehe nicht alles auch im Hinblick auf die anderen Kinder. Die „normalen“ Kinder dürfen nicht unter der Inklusion leiden.

Frau Müller stellt die Frage der Inklusion im Jugendfreizeitbereich, wenn beispielsweise Ferienfreizeiten von den freien Trägern angeboten werden. Hier bedürfe es der Vernetzung und einer aktiven Steuerung, um dieses Problem anzugehen. Benötigt würde auch ein Raum für Elterntreffen. Die Homepage der Elterninitiative kann unter folgender Adresse eingesehen werden: www.eterninitiative-inklusion-bornheim.de

Herr Schnapka berichtet, dass die Bücherei in Bornheim ohne zusätzliche Ressourcen auskommen müsse. Man habe jetzt die Möglichkeit der Online Ausleihe und die Öffnungszeit sei verändert. Die VHS biete im Programm jetzt Themen an, die eher im Bereich der Erwachsenenbildung anzusiedeln seien, wie beispielsweise Qualifizierungsangebote.

Herr Wasser berichtet, dass die Schule der Ursulinen andere Voraussetzungen habe. So erhalte man keine zusätzlichen Stunden für Sonderpädagogen, da die Schule sich in freier Trägerschaft befindet. Es laufen zurzeit Verhandlungen mit dem Land.

Frau Dr. Engelhardt berichtet, im AVH habe man aktuell keine Schüler mit sonderpädagogischem Bedarf und es gäbe keine Schüler, für die ein AO-SF (Ausbildungsordnung sonderpädagogischer Förderung) Gutachten vorliege bzw. beantragt sei. Man habe auch keine überschüssigen Räume, wo Therapien stattfinden könnten. Auch hier sei es wichtig, die Schule mit entsprechenden Ressourcen und Fachpersonal auszustatten.

Für die Sekundarschule teilt Frau Geschwind mit, dass man von Beginn an Inklusion angeboten habe. Wichtig sei die Grundhaltung zu diesem Thema. Man brauche auf jeden Fall „Time out Räume“ mit entsprechender Ausstattung, da vor allem die Schüler mit besonderem Förderbedarf oft müde seien und dringend eine Auszeit benötigen. Dies seien ein Ergebnis von Fortbildungen zu diesem Thema und auch die Erfahrung der Lehrer. Auch starke Schüler brauchen gute Förderung. Es sei eine große Herausforderung, Unterricht für die unterschiedlichen Förderbedarfe anzubieten. Um dies vorzubereiten, braucht es mehr Zeit, da der Unterricht oft sehr individuell angeboten werden muss. Auch brauche man Rückzugsmöglichkeiten für die Lehrer, die ständig einer hohen Frequenz an Interaktion ausgesetzt seien. Man dürfe nicht vergessen, dass man zur Förderung der Schüler mit besonderem Förderbedarf auch besondere Materialien benötigt.

Frau Meyer berichtet von der Grundschule in Bornheim, dass es eine hohe Vielfalt an Schülern gebe. Auch sie hält die Haltung zum Prozess der Inklusion für besonders wichtig. Der Prozess sei nicht kurzfristig umsetzbar, sondern brauche Zeit. Erwartet wird nicht Luxus, sondern Notwendiges. Der Nachmittagsbereich darf nicht aus dem Auge verloren werden, wenn dieser mit zu wenig Personal ausgestattet sei und die Kinder mit Förderbedarf im

emotionalen und sozialen Bereich hier zu kurz kämen. Auch dürfe man die „normalen“ Kinder nicht vernachlässigen.

Frau Scheuer berichtet für die Grundschule in Roisdorf, dass das Thema angekommen sei. In der Schule habe man 60 v.H. Schüler mit einem Migrationshintergrund. Zurzeit werden 14 Kinder beschult, die ein AO-SF Gutachten vorweisen, somit sei der Schule eine volle Stelle für Sonderpädagogik zugewiesen worden. Einige Schüler würden gesondert unterrichtet. Einige Eltern hätten rebelliert, weil sie die Kinder mit besonderem Förderbedarf als Hindernis betrachten. Frau Scheuer sieht hier auch einen Bedarf für mehr Aufklärungsarbeit für die Eltern. Es fehle an Geld, Räumen und Personal.

Frau Lauer berichtet aus der Thomas von Quentel Grundschule, dass es im Kollegium Widerstände gegeben habe. Sie sieht einen Bedarf an mehr Input für die Kollegen. Man brauche Fortbildungen, Geld und mehr Betreuung im Nachmittagsbereich.

Die Verbundschule Uedorf habe in der Vergangenheit viele Schüler zum Übergang in die Realschule unterstützt. Hier geht es grundsätzlich um die weitere Existenz der Schule, da diese Schule nicht die Raumkapazität aufweist, um die erforderlichen 144 Schüler zu beschulen. Eine Förderschule kann laut Ministerium nicht inklusiv werden. Es ist schwierig, die Kollegen weiterhin zu motivieren. Die Ressourcen werden in andere Systeme verteilt, ohne das eigene zu vernachlässigen. Es soll Förderschulen geben, die inklusiv arbeiten und einen regen Zulauf haben.

Die Vertretung der Stadtschulpflegschaft schlägt vor, dass auch Gewerbetreibende mit einbezogen werden. Es bestehe ein Bedarf an Lehrerfortbildung, mehr Möglichkeiten, sich mit den Eltern auszutauschen und die zeitliche Ressourcen zur kollegialen Beratung.

Aus der Grundschule Sechtem wird berichtet, dass die Lehrer obwohl hoch motiviert, an ihre Grenzen stoßen, da die Verlässlichkeit der Ressourcenzuwendung nicht gegeben sei. Auch Kinder ohne offiziellen besonderen Förderbedarf, sind zunehmend auffällig. Es bedarf der Fortbildung für Lehrer und die Möglichkeit der Vernetzung. Kinder, die offensichtlich Förderbedarf haben und die Eltern keinen AO-SF Antrag stellen, erhalten keine zusätzliche Förderung. Darüber hinaus sei die Raumknappheit auch ständiges Thema.

Es wird von Herr Schnapka erklärt, dass beabsichtigt ist, zunächst 50.000,00 € im Haushalt einzustellen und Kosten, die für die Inklusion darüber hinaus entstehen ggf. durch eine überplanmäßige Ausgabe gedeckt werden können. Darüber ist in der Zukunftswerkstatt zu entscheiden. Es besteht Einigkeit darüber, dass diese Summe nicht ausreichen wird.

Von Seiten Herrn Schnapka wurde die Haushaltslage ausführlich erläutert. Vorschlag von Herrn Schnapka, klein anfangen und wenn nötig in die überplanmäßige Ausgabe zu gehen.

Am häufigsten benannt wurden:
Ressourcen, sprich Geld
Räume
Fortbildung Lehrer
Information und Beratung Eltern

Die missliche Lage der Grundschulen wurde thematisiert und festgestellt, dass es an Personal mangelt. Dies ist jedoch nicht Angelegenheit des Schulträgers, sondern des Landes. Die Zeit soll genutzt werden, um an kreativen Lösungen zu arbeiten und es soll versucht werden, trotz Mangelverwaltung, einen vernünftigen Vorschlag zu erarbeiten.

Herr Schnapka führt aus, dass über die Aktion Mensch beispielsweise Drittmittel beantragt werden können, wenn nachgewiesen wird, dass ein bestimmter Betrag an Eigenmittel ausgewiesen werden kann. Es wurde die Idee entwickelt, mit einer Delegation beim Bürgermeister vorzusprechen, da für den Fall, dass nur ein Brief geschrieben wird, dies eine einseitige Kommunikation darstellt. Es wurde der Vorschlag gemacht, 20.000 Euro von den 50.000 Euro zurück zu legen und dies als Nachweis für die Beantragung der Mittel bei Aktion Mensch zur Verfügung zu haben.

3. Arbeitsgruppen

Es wurden fünf Arbeitsgruppen gebildet.

1. Elementarbereich
Welche Grundzüge und Inhalte muss der Ressourcenplan des Kindergarten enthalten? Erstellung eines Inklusionsbudgetplans.
2. Schulbegleitung
Welche Schritte sollen eingeleitet werden, um intelligente Lösungen (z.B. Pool) zu verwirklichen
3. Elternberatung
Wie kann in Bornheim die Elternberatung – auch zur Einleitung des AOSF – organisiert und vernetzt werden?
4. Die Zukunft der Förderschule
In- oder Außerhalb des Aktionsplanes
5. Die Präsentation/ Vorlage zum Aktionsplan
Was fehlt? Welche Aufgaben erhält die Lenkungsgruppe bzw. Herr Patt zur Vervollständigung?

4. Ergebnis Arbeitsgruppen

Flip Chart Arbeitsgruppe 1

Ressourcenplan und Maßnahmen für den Elementarbereich:

Im Rahmen des Aktionsplans „Inklusive Bildung in Bornheim“ sind alle Bildungseinrichtungen der Stadt aufgefordert, eine Aufstellung über die zur Umsetzung von Inklusion notwendigen Ressourcen vorzulegen.

In der Arbeitsgruppe 1 der Zukunftswerkstatt wurde für die Kindertageseinrichtungen der nachfolgende Rahmen einer „Grundausstattung“ erarbeitet. Hierüber hinaus wurden personelle und zeitliche Ressourcen-Bedarfe erarbeitet.

Exemplarisch für eine Kita wird von der Notwendigkeit folgender zu schaffender Voraussetzungen sächlicher und personeller Ressourcen ausgegangen:

Beschreibung	Erläuterung Bedarf	Kosten je Gruppe	Kosten je Kita
Mobiliar/Ausstattung			
• Gruppenraum	z. B. höhenverstellbare Tische, Raumtrenner, Stühle	10.000 €	

Beschreibung	Erläuterung Bedarf	Kosten je Gruppe	Kosten je Kita
• Ruhe- /Schlafraum	spezielle Betten/Matratzen/Auflagen		10.000 €
• Mehrzweckraum / Bewegungsraum	• Matten • Decken-Halterungen für Hängematte, Schaukeln, etc		nicht beziffert
• Sanitärbereich	• altersgerechter Wickelbereich, Hubwickeltisch, • höhenverstellbare Waschbecken • geflieste Duschtasse in Bodenhöhe, • WC mit Haltegriffen	}	2.000 € nicht beziffert
• Therapieraum	Sprossenwand, Hängematte, Geräte zur Förderung der Motorik		5.000 €
• Rückzugsraum			
• Außenbereich	Spielgeräte, z.B. Fahrzeuge für Außenbereich, etc.		5.000 €
• Innenbereich	Spielgeräte, z.B. Spielefass, etc.		8.000 €
Lehr-/ Lernmaterial	• motorisches Kleinspielzeug • spezifische Fördermaterialien	1.500 € 5.000 €	
Fachliteratur	Erstbeschaffung		500 €
Pflegemittel	Hygienebedarf		200 €
Küchenausstattung	besonderes Geschirr		200 €
Technische Ausstattung	• Laptop (je Gruppe) • Computerausstattung • Video-/ Fotoausstattung	500 € 500 € 500 €	
bauliche Voraussetzungen	Stichwort ‚Barrierefreiheit‘ wurde in der Arbeitsgruppe nicht näher beleuchtet, aus Gründen der Vollständigkeit aufgeführt		nicht beziffert
Qualifikation / Fortbildung	• Mitarbeiterfortbildung: Seminare/ Inhouseveranstaltung (Ansatz je 3 Mitarbeiter/ Gruppe/ je 2 Tage ext. Seminar und 2 Tage Inhouse / 100 €/p.P./Tag) • Supervision (Ansatz 6 Termine/Jahr/100 €/p./Tag) • Teamcoaching (Ansatz 4 Termine/Jahr/100 €/p./Tag)		1.200 € 600 € 400 €
Honorarkosten	• selbst. Therapeuten (niedergelassen - über Krankenkasse) • festangestellte Therapeuten		
alternativ:	• Festanstellung Therapeuten		

Beschreibung	Erläuterung Bedarf	Kosten je Gruppe	Kosten je Kita
	<ul style="list-style-type: none"> • Kitas als Ort der Leistungserbringung • Refinanzierung über Krankenkassen zzgl. Verwaltungsaufwand und Personal 		
Zeitliche Ressourcen für Personal	Netzwerke/Ressourcen für <ul style="list-style-type: none"> • SPFH • Stadtteilbüro • Therapeuten • kollegiale Beratung/ Fallkonferenzen • Förderpläne/Hilfepläne • Therapeuten (Logopäde, Ergotherapie) • Integrationshelfer • Kreissozialamt 		
	kommunale Steuerung, u.a.: <ul style="list-style-type: none"> • Antragstellung FINK, LVR Pauschale • zentrale Platzvergabe (städtische/freie Kitas) • Beratung Eltern, Fachpersonal • ... 		
Ressourcen Kitas	In der STARTPHASE Ausgangsthese: ‚Nicht alle können Alles‘		
	<ul style="list-style-type: none"> • Schwerpunktbildung • sozialräumlich • Neigungen der Kitas • Erfahrungen der Kitas • Abfragung der städtischen Kitas, Einbeziehung der freien Träger • nach Rücklauf Einbeziehung der Jugendhilfeplanung • Vorlage für die Lenkungsgruppe 		

Dieses Grundlagenpapier dient einer ersten Orientierung und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Mit Vorliegen personeller Ressourcen zur Fortführung des Aktionsplanes für den Elementarbereich können hier weitere inhaltliche Gestaltungen vorgenommen werden.

Flip Chart Arbeitsgruppe 2

Schulbegleitung

Welche Schritte sollen eingeleitet werden, um intelligente Lösungen (z.B. zu verwirklichen

1) Wunschvorstellung „Bornheimer Schulbegleitung“

Nicht mehr: 1:1 Schulbegleitung

Sondern: gesetzliche Neureglung

- Eltern beantragen Lernhelfer (SR)
- Weitere betroffene Eltern verzichten
- SB: (wenn möglich) zuständig für Klassenteile
- Klassenbegleiter

Vorteile:

- Keine „Begleiterhäufung“
- Keine Stigmatisierung
- Kostenersparnis für den Träger

2) Modell „Schulbegleitergewinnung“

Nicht mehr: Zusammenarbeit mit Fremdträger

Sondern:

- Erstellung eines Pools interessierter SB
- Eignungsprüfung durch SL Team
- Verwaltung der Kartei durch Jugendamt
- Honorarverträge
- Qualitätsprüfung durch Lehrer

Vorteile:

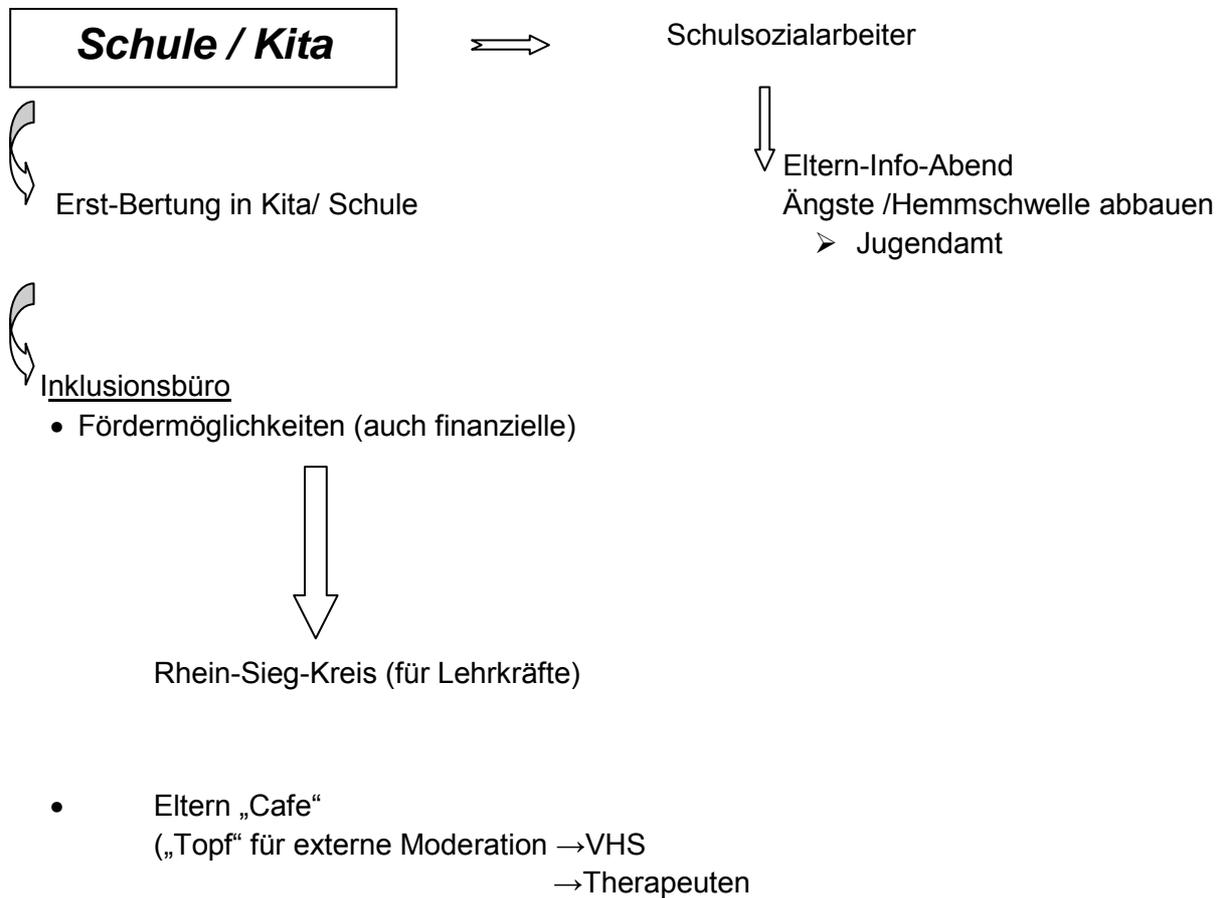
- Kostenersparnis
- Qualitätszuwachs

Es wird angeregt, eine Arbeitsgruppe zusammen mit Frau Garbes zu bilden, um an einer Konzeption einer „Poollösung“ zu arbeiten.

Flip Chart Arbeitsgruppe 3

Elternberatung

Wie kann in Bornheim die Elternberatung- auch zur Einleitung des AOSF – organisiert und vernetzt werden?



Schulträger/Kommune

Gesundheitsamt → Kinderarzt

- Sensibilisierung im Hinblick auf Früherkennung
- Hinweis auf Service-Dienststelle-Krankenkasse

Flip Chart Arbeitsgruppe 4

Die Zukunft der Förderschule

In- oder außerhalb des Aktionsplanes?

Die Bornheimer Verbundschule ist für die Bornheimer Schullandschaft unverzichtbar weil:

- für die Eltern weiterhin die Wahlfreiheit in Kommune wohnortnah bestehen soll – Rückführung in die Regelschule sollte jederzeit eine Option sein
- Je nach Behinderung und Förderbedarf sind die Möglichkeiten der Grundschule bzgl. der Förderung begrenzt
- Die personelle, fachliche und sächliche Ausstattung der Verbundschule entspricht jetzt schon dem erhöhten individuellem Förderbedarf der Kinder
- Die Kinder mit Förderbedarf erhalten eine, auf ihre Behinderung ausgerichtete spezielle Beratung und verstärkte Unterstützung beim Übergang zur Berufstätigkeit
- (spezielle Angebote in Hinblick auf die Berufswahl)

Wir wünschen uns:

- den Wegfall der Hürde des Ao-SF, um auch kurzfristig Schüler und Schülerinnen in persönlichen Krisen und auch Kinder mit Flüchtlings Problematik oder Sprachbarrieren kurzfristig unterstützen und beschulen zu können
- eine Unterstützung im Rahmen der flexiblen Eingangsphase bei der Vermittlung von Basisqualifikation
- eine Unterstützung der berufs begleitenden Maßnahmen für inklusiv arbeitende Schulen

Wir fordern:

- dass die Verbundschule mit ihren hohen qualitativen Möglichkeiten- Ressourcen in den Köpfen von Schulträgern, Politikern, Kollegen/ Lehrern, Eltern und Erziehern präsent bleibt

Fazit:

Die Regelschulen sollten sich Ihre Grenzen auf Inklusion bewusst machen und in Elternberatungen die Verbundschule als Alternative vorstellen

Flip Chart Arbeitsgruppe 5

Die Präsentation/ Vorlage zum Aktionsplan

Was fehlt? Welche Aufgaben erhält die Lenkungsgruppe bzw. Herr Patt zur Vervollständigung?

Brief an den Bürgermeister

19.09.2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henseler!

Die Mitwirkenden der Zukunftswerkstatt 2014 bitten Sie, folgende Sachlage bei der Aufstellung des städtischen Haushaltes 2015/2016 zu berücksichtigen:

Eine verantwortungsvolle und präzise Kalkulation der mit der Realisierung des Aktionsplanes „Inklusive Bildung in Bornheim“, die sowohl den unabdingbaren Erfordernissen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung als auch der finanziellen Rahmenlage der Stadt Rechnung trägt, ist gegenwärtig kaum zu leisten. Dies ist zum einen in der Komplexität des inklusiven Entwicklungsprozesses und zum anderen in der spezifischen Situation aller beteiligten Bildungseinrichtungen begründet, ob es sich nun um Kindergärten, Schulen oder Weiterbildungseinrichtungen handelt. Die vorliegende Ressourcenplanung stellt für alle beteiligten Institutionen eine Orientierung, einen Schätzwert dar, der die Aufwendungen erfasst. Die Ertragsseite, die diese Aufwendungen gegenübersteht, kann derzeit noch viel weniger umrissen werden, da die Umsetzung der entsprechenden Verfahren und Berechnungen von Seiten der Landes- und Bezirksregierung noch nicht geregelt ist und vermutlich erst im Prozess der Haushaltsaufstellung oder sogar danach greifen kann.

Um aber im Haushaltsplan die Ernsthaftigkeit der Stadt Bornheim und all ihrer Bildungsakteure zu dokumentieren und damit auch zu verdeutlichen, dass Inklusion materielle und finanzielle Investition erfordert, schlagen die Mitwirkenden der Zukunftswerkstatt vor, für den Doppelhaushalt 2015/2016 im konsumtiven Bereich Mittel von jeweils 150.000 € p.a. einzustellen. Damit soll eine zielgerichtete Grundausstattung aller Einrichtungen u.a. mit erzieherischen und Unterrichtsmaterialien, Lehr- und Lernmitteln und Fortbildungsangeboten im Sinne eines Starterpaketes erfolgen. Dieses Starterpaket soll sich an der Bildungsstandort-bezogenen Schwerpunktsetzung des Aktionsplanes orientieren. Zu berücksichtigen sind darüber hinaus die Aufwendungen für die personelle und sächliche Ausstattung des Inklusionsbüros, das dringend benötigt wird, um die wertvollen Ergebnisse und weiteren Schritte des Bornheimer Aktionsplanes zu koordinieren.

Die erforderlichen investiven Mittel zur baulichen Ertüchtigung bzw. zu Ausstattung mit Mobiliar sind gesondert zu betrachten.

Die Mitwirkenden der Zukunftswerkstatt 2014 bitten darum, die Planung der zur Umsetzung des Aktionsplanes notwendigen Ressourcen in einem Gespräch darzustellen mit dem Ziel, dass der Rat und seine Ausschüsse den Doppelhaushalt auf dieser Grundlage beschließen können.

Mit freundlichem Gruß!

Die Mitwirkenden der Zukunftswerkstatt 2014 und Akteure des Aktionsplanes „Inklusive Bildung in Bornheim“